Bund starkmacht. Es gehe beim Bund um das Konnexitätsprinzip (wer bestellt, der bezahlt). Das bedeutet: Aufgaben, die durch Bundesgesetze den Kommunen übertragen würden, müssten in vollem Umfang finanziell ausgestattet werden.

Den von der Bundesregierung beschlossenen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab Juli 2026 nennt die Initiative als ein Beispiel. Das sei eine gute Idee und helfe Familien, aber dann müsse auch das Geld dafür bereitgestellt werden.

„Die Finanzierung sozialer Ausgleichsaufgaben darf nicht länger größte Last der Kommunen sein", lautet eine wesentliche Forderung der Ortsgemeinden. Da müssten Bund und Länder einspringen. Vor allem hoch belastete Sozial- und Jugendhilfeträger – Landkreise und kreisfreie Städte – müssten Anteile an der Einkommens- und Umsatzsteuer erhalten.

„Die Kommunen in Rheinland-Pfalz benötigen dringend eine sogenständigkeit, Planungs- und Handlungshoheit zurückgewinnen sowie Entbürokratisierung und Stärkung des Ehrenamts.

> „Die Kommunen in Rheinland-Pfalz benötigen dringend eine solide finanzielle Basis, um ihre Aufgaben eigenverantwortlich und zukunftsorientiert wahrnehmen zu können."
>
> So steht es in dem Schreiben, das an diesem Montag an Ministerpräsident Alexander Schweitzer übergeben wird.

Die Gemeinden erkennen die „politischen Kraftakte" der Landesregierung für die Jahre 2025 und 2026 an. Aber: „Die Administration machte hieraus leider Bürokratiemonster." Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung sei

rungs- und Handlungshoheit solle das bewährte System der wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge für Ortsstraßen beibehalten werden.

Öffentliche Ausschreibungs- und Vergabeverfahren müssten umfassend vereinfacht und die Digitalisierung forciert werden. Notwendig seien auch eine flächendeckende Aufgabenkritik und eine Überprüfung der Standards mit dem Ziel der Reduzierung.

Schweitzer hatte für den Brandbrief der Oberbürgermeister aus Mainz und zwölf anderen Landeshauptstädten an Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) Verständnis gezeigt und gesagt, er sei sich sicher, dass ihr Appell beim Bundeskanzler ankomme. Die Rathauschefs der Hauptstädte aller Flächenländer hatten beklagt, dass sich die Schere zwischen kommunalen Einnahmen und Ausgaben immer weiter öffne.

Der Bund müsse Mehrbelastungen der Länder und Kommunen auskömmlich ausgleichen, sagte Schweitzer. Dafür müsse die die Kompensationszahlungen im Lichte der Evaluationsergebnisse angepasst werden." Damit würden auch dynamische Kostensteigerungen berücksichtigt. Schweitzer erhofft sich bis zur Ministerpräsidentenkonferenz Anfang Dezember mit Merz in Berlin Ergebnisse.

„Bürgermeister als Mangelverwalter"

Der rheinland-pfälzische CDU-Chef Gordon Schnieder erklärte: „Unsere Ortsbürgermeister werden immer mehr zu verzweifelten Mangelverwaltern. Diesen Zustand ignoriert die SPD-geführte Regierung seit Jahren." Jetzt vor der Landtagswahl am 22. März 2026 winke SPD-Ministerpräsident Schweitzer „mit den Milliarden vom Bund" und verteile fleißig Förderschecks vor Ort. „Aber Kommunen wollen keine Wahlkampfgeschenke, sie brauchen eine solide und verlässliche Finanzausstattung. Unsere Vorschläge dazu liegen schon lange auf dem Tisch", betonte Schnieder, der auch CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl ist.

mit, der Sarg sei unterwegs zum forensischen Institut. Der damals 23-jährige Offizier war am 1. August 2014 während einer humanitären Waffenruhe im damaligen Gaza-Krieg verschleppt worden. Seine Leiche war seitdem im Gazastreifen festgehalten worden. Erst eine forensische Untersuchung in Israel wird allerdings Gewissheit bringen, ob es sich tatsächlich um seine Leiche handelt.

Das im Oktober vereinbarte Waffenruheabkommen verlangt von der Hamas die Herausgabe der sterblichen Überreste von insgesamt 28 getöteten Geiseln an Israel. Bis zur jüngsten Übergabe befanden sich noch fünf Leichen im Gazastreifen. *dpa*

Seit einem Monat herrscht Waffenruhe im Gazastreifen. Wie ist die Lage? **Politik**, Seite 5

Generalsekretäre setzen aufs Miteinander

Carsten Linnemann (CDU) und Tim Klüssendorf (SPD) wollen Brücken bauen

Berlin. Die Generalsekretäre von CDU und SPD, Carsten Linnemann und Tim Klüssendorf, rufen gemeinsam zu grundlegenden Reformen und Kompromissbereitschaft auf. „Wir stehen an einem Punkt, an dem wir die Voraussetzungen für den Erfolg in unserem Land grunderneuern müssen", schreiben beide in einem Gastbeitrag bei „t-Online".

„Wir wissen, was auf dem Spiel steht. Deshalb sagen wir: keine kleinen Schritte bei den anstehenden Reformen. Kein Streit um Nebensächlichkeiten. Was jetzt zählt, sind Mut, Vertrauen und gemeinsame Verantwortung", schreiben Linnemann und Klüssendorf.

In der Koalition aus CDU, CSU und SPD hatte es zuletzt immer wieder geknirscht, unter anderem nach den Äußerungen von Kanzler Friedrich Merz (CDU) zum „Stadtbild" im Zusammenhang mit der Migration. Im jüngsten ARD-„Deutschlandtrend" zeigten sich nur 22 Prozent der Befragten mit der Regierungsarbeit zufrieden. Vier von fünf Deutschen haben große Sorge, dass die Parteien in Deutschland keine gemeinsamen Lösungen für zentrale Fragen finden.

Linnemann und Klüssendorf zählen nun aktuelle Herausforderungen auf. „Die Welt verändert sich in einem Tempo, das viele Menschen atemlos macht", stellen sie fest und verweisen auf Sorgen um den Arbeitsplatz, steigende Preise und Bürokratie. „Wir wissen sehr genau, dass es jetzt auf unsere Parteien ankommt – miteinander, nicht gegeneinander", erklären die beiden Generalsekretäre, die ihren Willen zum Kompromiss betonen. „Wir vergessen nicht, woher wir kommen und wissen um unsere Unterschiede. Aber gleichzeitig müssen wir Brücken bauen." Leistung müsse anerkannt werden, höhere Tarifbindung sei wichtig, soziale Sicherungssysteme müssten leistungsfähig bleiben. *dpa*

Kommentar auf **Forum**, Seite 4

Die gute Nachricht

Seit 40 Jahren helfen sie dem Christkind

In diesem Jahr feiert die Christkindpostfiliale in Engelskirchen ihr 40-jähriges Bestehen – am 12. November nimmt sie wieder ihre Arbeit auf. In der „Schreibstube des Christkindes" im Alten Baumwolllager warteten schon die ersten Wunschzettel aus aller Welt auf ihre Beantwortung durch die Helferinnen und Helfer des Christkindes, hieß es. In den kommenden Wochen erwartet die Christkindpostfiliale im Bergischen Land östlich von Köln zahlreiche weitere Weihnachtsbriefe, Wunschzettel und Bilder von Kindern aus aller Welt. Allein im vergangenen Jahr waren es nach Postangaben 132.000 Zuschriften aus 53 Ländern. *epd*

Foto: Federico Gambarini/dpa